



08.12.2014

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung  
des Verwaltungs- und Finanzausschusses  
vom 04.12.2014

- Öffentlich -

#### **1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner letzten nicht-öffentlichen Sitzung am 25. September 2014 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Falls die Gemeinde keine gleichwertige Alternative bietet, wird die Verwaltung beauftragt, zur Unterbringung von Asylbewerbern das Gebäude in der Sternbergstraße 1 in Frickenhausen zu erwerben - sofern die baurechtliche Genehmigung für eine Gemeinschaftsunterkunft vorliegt. Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von rd. 610.000 € im Finanzhaushalt 2014 wird zugestimmt.
2. Frau Kreisverwaltungsrätin Karin Kasprzyk-Becker wird mit Wirkung vom 1. Oktober 2014 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zur Kreisoberverwaltungsrätin ernannt, in die freie Planstelle Nr. 41.001 im Stellenplan eingewiesen und die Verwaltung beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.
3. Frau Isa-Maria Wolters wird mit Wirkung vom 1. Oktober 2014 für weitere 5 Jahre zur Naturschutzbeauftragten des Landkreises Esslingen bestellt.
4. Herr Dr. Thumm wird mit Wirkung vom 1. August 2014 ebenfalls für weitere 5 Jahre zum Naturschutzbeauftragten des Landkreises bestellt.

Die Öffentlichkeit nimmt davon Kenntnis.

**2. Haushaltsdebatte 2015**  
**- Anträge der Fraktionen**  
**- Stellungnahmen der Verwaltung**

Der Ausschuss nimmt folgendes zur Kenntnis bzw. fasst folgende Beschlüsse:

2.1 Anträge der Fraktion Freie Wähler

- 2.1.1 Es wird beantragt, eine Aufstellung über den aktuellen Stand des Mittelabflusses bei den gebildeten Ermächtigungsresten in Höhe von 17,6 Mio. € vorzulegen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 als erledigt betrachtet.

- 2.1.2 Es wird eine Aufstellung der Personalmehrkosten beantragt, die durch die Ausweitung der Freistellung für die Personalräte entstehen und die für das geplante Bildungszeitgesetz zu erwarten sind.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 und der Zusage der Verwaltung, nach Beschluss des Gesetzes in einem überschaubaren Zeitraum über die ersten Erfahrungen zum geplanten Bildungszeitgesetz zu berichten, als erledigt betrachtet.

2.2 Anträge der SPD-Fraktion

- 2.2.1 Es wird beantragt, die Finanzierungs-Leitlinien für die Haushaltsplanung des Landkreises Esslingen wie folgt zu modifizieren:
1. Wichtigstes und entscheidendes Ziel für die Haushaltsführung des Landkreises ist, ein nachhaltig positives ordentliches Ergebnis zu erreichen.
  2. Die laufende Erneuerung von Anlagegütern und damit der Vermögenserhalt sind durch die Reinvestition der Abschreibungen zuzüglich des Inflationsausgleichs zu gewährleisten.
  3. Die kommunalen Finanzmittel sind zwischen dem Landkreis und den Gemeinden gerecht zu verteilen. Dazu sind positive ordentliche Ergebnisse des Landkreises dann zu beschränken, wenn Gemeinden negative ordentliche Ergebnisse aufweisen. Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) bietet dazu einen einheitlichen Vergleichsmaßstab.
  4. Mit dem Ergebnis, das den Inflationsausgleich übersteigt, werden vorrangig die Verbindlichkeiten des Landkreises zurückgeführt. Die vom RP geforderte Schuldenobergrenze von 170 Millionen Euro wurde mit dem Vollzug des Haushalts 2014 unterschritten.

5. Neue (zusätzliche) Investitionen müssen zumindest teilweise über ein höheres Ergebnis finanziert werden. Dabei ist das Ziel zu beachten, die Eigenkapitalquote des Landkreises zu verbessern.
6. Künftige Investitionen sind entsprechend der durchschnittlichen tatsächlichen Lebensdauer fristenkongruent zu finanzieren.

Dieser Antrag wird nach den Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen).

- 2.2.2 Es wird beantragt, zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen des Kreistages, mit der Verwaltung des Landkreises folgende Zielvereinbarung zu treffen: Die Planansätze des Haushaltsplanes 2015 sind möglichst realistisch. Dieses Ziel wird an der Abweichung der Planwerte vom tatsächlichen Ergebnis gemessen. Als Orientierungswerte dienen die Betragsabweichungen (Delta) der Rechnungsergebnisse 2013 und 2014 von den Werten der jeweiligen Haushaltspläne. Das Ziel ist erreicht, wenn das Delta geringer wird.

Dieser Antrag wird nach den Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen).

## 2.3 Antrag der Fraktion GRÜNE

Es wird beantragt, dass die Verwaltung

- aufzeigt wie das Ziel erreicht werden kann, Personen mit geringem Einkommen, die regelmäßige Teilhabe am öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen,
- in Abstimmung mit dem VVS, verschiedene Varianten der Bezuschussung eines ÖPNV-Monats-Tickets vorstellt,
- die Einführung einer Bonuskarte für Personen mit geringem Einkommen prüft.

Aufgrund der Diskussion wird dieser Antrag dahingehend präzisiert, dass die Verwaltung über die Systematik der Einführung eines Sozialtickets als Freiwilligkeitsleistung berichtet.

Dieser Antrag wird nach Diskussion und Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und Vorlage 156a/2014 abgelehnt (7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 13 Nein-Stimmen).

## 2.4 Anträge der Fraktion Die Linke

- 2.4.1 Es wird beantragt, dass die Verwaltung über das Stuttgarter Modell des Sozialtickets berichtet, und Vorschläge erarbeitet, um ein ähnliches Modell im Landkreis umzusetzen. Darüber hinaus soll die Verwaltung berichten, wie ein solcher erster Schritt in ein endgülti-

ges Sozianticket für das gesamte VVS-Gebiet umgesetzt werden kann.

Dieser Antrag wird nach Diskussion und Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 abgelehnt (1 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen).

- 2.4.2 Es wird beantragt, dass für die Buslinien im Landkreis entsprechend der Allgemeinen Vorschrift die Qualitätsstandards stärker berücksichtigt werden und die Verwaltung berichtet, wie diese eingehalten und umgesetzt werden.

Dieser Antrag wird nach Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 und den Verweis auf den Nahverkehrsplan als erledigt betrachtet.

- 2.4.3 Es wird beantragt, dass die Verwaltung berichtet, was unternommen wurde und was unternommen werden soll, um eine Barrierefreiheit für den ÖPNV und den Busverkehr zu erreichen. Daraus ist dann ein Arbeits- und Vorhabensplan zu entwickeln, der schrittweise einen barrierefreien Zugang zum Busverkehr entwickelt.

Dieser Antrag wird nach Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 156a/2014 und den Verweis auf den Nahverkehrsplan als erledigt betrachtet.

## 2.5 Anträge DIE REPUBLIKANER

- 2.5.1 Es wird eine Entschuldung um zusätzliche 12,8 Mio. € durch Einsatz der für die Senkung des Kreisumlagehebesatzes vorgesehenen Mittel beantragt und den Hebesatz bei 35,5 % zu belassen.

Über diesen Antrag wurde im Rahmen der Diskussion um das Änderungsverzeichnis (Ziffer 12) beraten.

- 2.5.2 Es wird eine Machbarkeitsstudie zur Weiterführung der S 2 von Neuhausen ins Neckartal beantragt.

Dieser Antrag wird von der Verwaltung nach der Stellungnahme in der Sitzung und der Vorlage 156a/2014 als erledigt betrachtet.

- 2.5.3 Es wird eine Senkung der Dispo-Gebühren bei der Kreissparkasse Esslingen beantragt.

Zu diesem Antrag stellt Kreisrätin Erdrich-Sommer einen Antrag auf Nichtbefassung wegen Unzuständigkeit nach § 19 Abs. 3 Landkreisordnung. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

- 2.5.4 Es wird eine Internetübertragung bei Kreistagssitzungen beantragt.

Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

### **3. Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)**

**- Antrag der Fraktion Linke vom 04.10.2014**

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse:

3.1 Der Antrag der Fraktion Die Linke, den Tagesordnungspunkt "Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)" im Kreistag zu behandeln (vergleiche Anlage 4 zur Vorlage 174/2014) wird abgelehnt (1 Ja-Stimme, 20 Nein-Stimmen).

3.2 Folgender Antrag der Fraktion GRÜNE wird abgelehnt (6 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung):

Der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA, einem wichtigen Exportpartner Baden-Württembergs, wird grundsätzlich begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen darauf hinzuwirken, dass negative Einflüsse auf die Kommunen durch TTIP – insbesondere auf die Daseinsvorsorge – verhindert werden. Basis hierfür ist das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des Verbands kommunaler Unternehmen.

3.3 Folgender Verwaltungsvorschlag wird beschlossen (15 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen):

Der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über das Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa und den USA, dem wichtigsten Exportpartner Baden-Württembergs, wird grundsätzlich begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen darauf hinzuwirken, dass negative Einflüsse auf Kommunen durch TTIP – insbesondere auf die Daseinsvorsorge – verhindert werden. Basis hierfür ist das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

### **4. Annahme von Spenden**

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Annahme folgender Spenden zu:

#### **Spenden zur Förderung von Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 Abgabenordnung)**

a) Spende des Slow Food Deutschland e.V., c/o CV Stuttgart, Luisenstraße 45, 10117 Berlin (Projekt „Alte Gemüsesorten“), in Höhe von 300,00 €, eingegangen am 10.09.2014.

**Spenden zur Förderung von Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 Abgabenordnung) bzw. Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde (§ 52 Abs. 2 Nr. 22 Abgabenordnung)**

- b) Spende des Fördervereins Freilichtmuseum Beuren e.V., In den Herbstwiesen, 72660 Beuren (Zuschuss für den Neubau Eingangsbereich Freilichtmuseum Beuren), in Höhe von 75.000,00 €, eingegangen am 28.10.2014.

**Spenden zur Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 Abgabenordnung)**

- c) Spende der Volksbank Welzheim e.G., Gottlieb-Bauknecht-Platz 5, 73642 Welzheim (Klassenfahrt), in Höhe von 110,00 €, eingegangen am 25.06.2014;
- d) Sachspende der Firma REWE Waldmann oHG, Zollernplatz 7-9, 73734 Esslingen am Neckar (diverse Lebensmittel für das Schulsportfest, Sonderschulzentrum Rohräckerschule – Schule für Geistigbehinderte), in Höhe von 220,76 €, eingegangen am 23.09.2014.

**5. Verschiedenes**

**- Asylbewerber- und Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Esslingen**

Der Vorsitzende berichtet, dass bis Ende 2015 für die Unterbringung im Landkreis Esslingen 3.900 Asylbewerber und Flüchtlinge prognostiziert werden. Zwischenzeitlich haben nahezu alle Kreiskommunen eine Rückmeldung über Unterbringungsmöglichkeiten gegeben, wie sie den Landkreis bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen können. Bis zum 31.12.2014 werde der Landkreis rd. 1.540 Plätze geschaffen haben. Durch die vorhandenen Angebote der Städte und Gemeinden im Landkreis können zum jetzigen Stand bestenfalls rd. 2.300 zusätzliche Plätze realisiert werden. Davon seien für das Jahr 2015 knapp 1.000 Plätze bereits in Planung.

Zur weiteren Information habe er als Tischvorlage eine Übersicht aller vorhandenen und in der Planung bzw. Prüfung befindlichen derzeit bekannten Unterbringungsmöglichkeiten vorgelegt. Diese Übersicht wolle man fortlaufend aktualisieren und im Ausschuss darüber berichten.

Weiter informiert der Vorsitzende, dass demnächst eine Handreichung für alle Ehrenamtlichen und auch die kommunalen Gremien fertiggestellt werde, in der zu häufig gestellten Fragen zur Unterbringung, Begleitung, Finanzierung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen Antworten zusammengefasst seien.

Hinsichtlich der öffentlich geäußerten Kritik wegen der Vorfälle in der Flüchtlingsunterkunft in Nürtingen erklärt der Vorsitzende, dass er sich klar dagegen verwahre, dass Mitarbeiter der AWO und des Landkreises des Versagens beschuldigt werden.

Kreisrat Richter bittet die vorgelegte Aufstellung künftig auch um eine Betrachtung der finanziellen Auswirkungen zu ergänzen. Der Vorsitzende erwidert, dass man wie im Ältestenrat erörtert, eine sogenannte Vollkostenrechnung incl. aller Personal- und Sachkosten erstellen werde, derzeit aber noch Details erheben müsse. Diese Übersicht werde man dann im Sozialausschuss und im Verwaltungs- und Finanzausschuss vorlegen.

Weiter informiert der Vorsitzende, dass der Landkreistag eine direkte Abrechnungsmöglichkeit zumindest der Krankheits- und Unterkunftskosten mit dem Land anstrebe und man hierüber im Frühjahr berichten werde.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

gez.  
Heinz Eininger  
Landrat